

**Filmbranche fürchtet ORF-Einsparungen**

Filmbranche fürchtet ORF-Einsparungen

■ **Produzentenverbände fordern ein „Notprogramm“ für die Filmwirtschaft.**

Wien. Die heimische Filmbranche wendet sich mit einem Hilferuf an die Regierung, sie „aus der Geiselhaft des ORF zu befreien“. Die Filmproduzentenverbände Film Austria und aafp sowie der Fachverband der Film- und Musikindustrie befürchten, dass der ORF als ihr größter Auftraggeber nach dem drohenden Wegfall der gesetzlich befristeten Gebührenrefundierung ab 2014 massiv bei der Produktion österreichischer TV-Inhalte sparen wird. Das bereite gerade in einem Jahr, in dem es einen Oscar für Österreich gab, „große Sorge“. Denn auch im ORF hat man bereits angekündigt, den drohenden Sparkurs vor allem beim Produktionsvolumen der TV- und Kinofilmherstellung umzusetzen. Die Branche befürchtet einen Rückgang von bis zu 30 Prozent des Produktionsvolumens.

„Der ORF sieht seinen öffentlich-rechtlichen Programmauftrag als Eventualverbindlichkeit“, sagt Danny Krausz, Filmproduzent und Obmann des Fachverbandes der Film- und Musikindustrie. „Die erfolgreiche österreichische Filmwirtschaft wird in dieser ver-

fehlten Politik nur als Kollateralschaden gesehen.“

„Braunschlag“-Regisseur David Schalko erinnert den ORF an seine Kernaufgabe: „Der ORF ist die wichtigste kulturelle Institution dieses Landes. Der ORF gehört uns allen und wir wollen österreichisches Qualitätsprogramm dort sehen.“

Austro-Anteil per Gesetz

Deutlicher wird Haneke-Produzent und Film-Austria-Präsident Veit Heiduschka: „Nur ein gesetzlich verbindlicher jedenfalls 20-prozentiger Anteil der Gebühreneinnahmen für österreichische Programminhalte kann die Filmwirtschaft aus der Geiselhaft befreien“, ist Heiduschka überzeugt und spricht von einem dringend erforderlichen „Notprogramm zur Rettung der österreichischen Fernseh- und Kinofilmwirtschaft“.

Konkret fordern die Vertreter der Filmwirtschaft die detaillierte Festschreibung für österreichisches Programm im ORF-Gesetz, und zwar noch in dieser Legislaturperiode. Andernfalls drohe ein „Kahlschlag“ für den Filmstandort Österreich. ■